

Inhaltsverzeichnis

	Rn	Seite
<i>Vorwort</i>		V
<i>Vorwort zur 1. Auflage</i>		VI
<i>Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur</i>		XXIV
§ 1 Einführung	1	1
I. Rechtsbehelfe als Mittel zur Kontrolle		
des Verwaltungshandelns	1	1
1. Formlose Rechtsbehelfe	2	1
2. Förmliche Rechtsbehelfe	7	2
II. Funktionen und Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
1. Grundlage, Funktionen und Tendenzen		
der Verwaltungsgerichtsbarkeit	8	2
2. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit	13	5
III. Verfahrensgrundsätze		
des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens	18	6
1. Der Dispositionsgrundsatz	19	6
2. Der Untersuchungsgrundsatz und der Grundsatz		
der freien Beweiswürdigung	20	7
a) Die Bedeutung des Untersuchungsgrundsatzes		
und seine Grenzen	20	7
b) Der Grundsatz der freien Beweiswürdigung	25	9
3. Amtsbetrieb und Konzentrationsgrundsatz	26	9
4. Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	28	10
5. Die Grundsätze der Mündlichkeit, Unmittelbarkeit		
und Öffentlichkeit des Verfahrens	30	10
IV. Prozeßhandlungen	33	11
1. Parteihandlungen	34	11
2. Prozeßhandlungen des Gerichts	43	13
a) Überblick	43	13
b) Verschiedene Urteilsarten	48	14
aa) Gestaltungs-, Leistungs- und Feststellungsurteile	48	14
bb) Prozeß- und Sachurteile	50	15
cc) End- und Zwischenurteile, Voll- und Teilarteile	51	15
dd) Andere Urteilsarten	56	15
c) Form, Inhalt und Aufbau eines Urteils	57a	16
V. Der Aufbau eines verwaltungsprozessualen Gutachtens	58	18
1. Die Bedeutung der Sachentscheidungsvoraussetzungen	58	18
2. Prüfungsschema bezüglich		
der Zulässigkeitsvoraussetzungen	65	20

Inhaltsverzeichnis

§ 2 Die ordnungsgemäße Klageerhebung	69	22
I. Form und Inhalt der Klageschrift	71	22
II. Die objektive Klagehäufung	73	23
III. Die Klageänderung	79	24
§ 3 Die Zulässigkeit des Verwaltungsrechtswegs		
(§ 40 VwGO)	82	26
I. Allgemeines	85	26
II. Das Vorliegen einer rechtlichen Streitigkeit	89	28
1. Gnadenentscheidungen als justitiable rechtliche Entscheidungen	90	28
2. Die Justitiabilität von Regierungsakten	92	29
3. Maßnahmen im besonderen Gewaltverhältnis (Sonderstatusverhältnis) als rechtsfreie Hoheitsakte	95	30
III. Das Vorliegen einer öffentlichrechtlichen Streitigkeit	99	31
1. Die Subordinationstheorie	100	32
2. Die Interessentheorie	102	32
3. Die modifizierte Subjektstheorie	104	33
4. Abgrenzungsfragen	112	35
a) Die Rechtsnatur des Subventionsverhältnisses	116	35
b) Die Rechtsnatur eines Hausverbotes	119	36
c) Die Rechtsnatur von Realakten	121	37
d) Die Abgrenzung von öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Verträgen	123	39
IV. Das Vorliegen einer nichtverfassungsrechtlichen Streitigkeit	124	39
1. Der Standpunkt der herrschenden Meinung	127	40
2. Verfassungsrechtliche Streitigkeiten als den Verfassungs- gerichten vorbehaltene Streitigkeiten	129	41
V. Das Fehlen einer Sonderzuweisung an ein anderes Gericht	134	43
1. Zuweisung an die ordentlichen Gerichte	137	44
2. Rechtsschutz gegen Strafverfolgungsmaßnahmen der Polizei	140	44
3. Rechtsschutz gegen ablehnende Gnadenentscheidungen	142	46
4. Zuweisungen an Zweige der besonderen Verwaltungsgerichtsbarkeit	143	46
VI. Die Zuweisungsregelung gem. § 40 Abs. 2	144	47
1. Die Zulässigkeit des ordentlichen Rechtswegs gem. § 40 Abs. 2 S. 1	144	47
a) Der Aufopferungsanspruch	145	47
b) Ansprüche des Bürgers aus öffentlichrechtlicher Verwahrung	146	48
c) Schadensersatzansprüche des Bürgers aus der Verletzung öffentliche rechtlicher Pflichten	147	48
2. Sondervorschriften des Beamtenrechts	149	49

VII. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhangs			
(§ 17 Abs. 2 GVG)	150	49	
VIII. Die Verweisung	155	50	
IX. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis			
hinsichtlich rechtswegfremder Vorfragen	161	52	
1. Die grundsätzliche Prüfungsbefugnis			
des Verwaltungsgerichts	161	52	
2. Sonderproblem Aufrechnung	165	53	
X. Die verwaltungsgerichtliche Prüfungsbefugnis in Fällen			
mit Bezug zum Recht der europäischen Gemeinschaft			
bzw supranationaler Organisationen	166a	54	
§ 4 Die verwaltungsgerichtlichen Verfahrensarten	171	57	
§ 5 Die Anfechtungsklage	175	58	
I. Die Statthaftigkeit der Anfechtungsklage	178	59	
II. Der Verwaltungsakt als Gegenstand der Anfechtungsklage . .	182	59	
1. Das tatsächliche Vorliegen des Verwaltungsakts	182	59	
2. Die Kriterien eines Verwaltungsakts	184	61	
a) Die einzelnen Merkmale des Verwaltungsaktsbegriffs	187	61	
aa) Die hoheitliche Maßnahme	188	62	
bb) Die Behörde	189	62	
cc) Das Vorliegen einer Regelung	195	63	
dd) Die Einzelfallregelung	203	66	
ee) Die auf unmittelbare Rechtswirkung			
nach außen gerichtete Tätigkeit	212	68	
b) Maßgeblichkeit des Inhalts oder der Form			
des Verwaltungshandelns	231	74	
3. Der Gegenstand der Anfechtungsklage			
bei vorheriger Durchführung			
eines Widerspruchsverfahrens	234	75	
III. Die Nichterledigung des angefochtenen Verwaltungsakts . .	246	78	
IV. Die prozessuale Geltendmachung			
des Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruchs sowie sonstiger,			
die Aufhebung des Verwaltungsakts voraussetzender			
Leistungsansprüche	248	78	
V. Die Prüfung der Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252	79	
§ 6 Die Verpflichtungsklage	256	80	
I. Die Statthaftigkeit der Verpflichtungsklage	260	81	
II. Die verschiedenen Formen der Verpflichtungsklage	263	82	
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	269	84	

Inhaltsverzeichnis

IV. Die Abgrenzung des Anwendungsbereichs von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage	270	84
1. Drittklagen	271	85
a) Nachbarklagen	271	85
b) Konkurrentenklagen	272	86
2. Rechtsschutz nach Ablauf der Anfechtungsfrist und bei späteren Veränderungen der Rechts- oder Sachlage	278	88
3. Die Problematik der sog. „isolierten Anfechtungsklage“	281	89
a) Die prinzipielle Unzulässigkeit der isolierten Anfechtungsklage	281	89
b) Die Ausnahmen	283	90
4. Rechtsschutz gegen Nebenbestimmungen	287	90
a) Meinungsüberblick	292	92
b) Die grundsätzliche Rechtsschutztauglichkeit einer Anfechtungsklage	295	93
c) Rechtsschutz durch eine Verpflichtungsklage in Ausnahmefällen	299	95
d) Rechtsschutz gegen modifizierende Auflagen sowie eine modifizierende Gewährung	301	96
§ 7 Die Fortsetzungsfeststellungsklage	306	97
I. Die Statthaftigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage gem. § 113 Abs. 1 S. 4	309	98
1. Die Erledigung des Verwaltungsakts	310	98
2. Erledigung nach Klageerhebung	321	100
II. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4	322	101
1. Die Erledigung vor Klageerhebung	323	101
2. Rechtsverletzende Verwaltungsakte, deren Aufhebung ausgeschlossen ist	326	103
3. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 4 auf die Verpflichtungsklage	330	104
a) Wegfall des Interesses an der Vornahme des Verwaltungsakts	331	105
b) Veränderung der Sach- oder Rechtslage in bezug auf den beantragten Verwaltungsakt	335	105
4. Grenzen der Analogie zu § 113 Abs. 1 S. 4	337	106
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der Fortsetzungsfeststellungsklage	339	106
§ 8 Die allgemeine Leistungsklage	343	107
I. Die Statthaftigkeit einer allgemeinen Leistungsklage	344	108
II. Die vorbeugende Unterlassungsklage als Unterfall der Leistungsklage	354	111

1. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohendes Verwaltungshandeln ohne Verwaltungsaktsqualität	354	111
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	355	111
a) Die grundsätzliche Unzulässigkeit	355	111
b) Fälle einer zulässigen vorbeugenden Unterlassungsklage gegen Verwaltungsakte	356	112
aa) Rechtliche oder faktische Unaufhebbarkeit eines später erlassenen rechtswidrigen Verwaltungsakts	357	112
bb) Der mit Strafe oder Geldbuße bewehrte Verwaltungsakt	361	113
cc) Der verzögerte Verwaltungsakt	362	113
III. Die Prüfung der Zulässigkeit der allgemeinen Leistungsklage	363	113
§ 9 Die Gestaltungsklagen	365	114
I. Die Statthaftigkeit von Gestaltungsklagen	366	114
II. Keine allgemeine verwaltungsgerichtliche Gestaltungsklage	370	116
§ 10 Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	374	117
I. Die Statthaftigkeit einer verwaltungsgerichtlichen allgemeinen Feststellungsklage	377	118
1. Das Rechtsverhältnis als Gegenstand der Feststellungsklage	378	118
a) Der Begriff des Rechtsverhältnisses	378	118
b) Subjektive Rechte des Bürgers und Rechtsverhältnisse	384	120
c) Subjektive Rechte des Staates und Rechtsverhältnisse	387	120
d) Die Begründung von Rechtsverhältnissen	393	123
aa) Die verschiedenen Begründungsmöglichkeiten	393	123
bb) Die Begründung von Rechtsverhältnissen durch Normen und ihre Bedeutung für den Rechtsschutz gegen Normen	394	123
cc) Die Stufung von Rechtsverhältnissen	401	123
e) Vergangene und zukünftige Rechtsverhältnisse	405	124
f) Die Beteiligten des Rechtsverhältnisses	409	125
2. Die Nichtigkeit eines Verwaltungsakts als Gegenstand der Feststellungsklage	411	126

Inhaltsverzeichnis

II.	Die Subsidiarität der Feststellungsklage	416	127
1.	Der Anwendungsbereich der Subsidiaritätsklausel	416	127
a)	Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Fortsetzungsfeststellungsklagen	417	127
b)	Subsidiaritätsklausel und allgemeine Leistungsklage	420	128
2.	Vorbeugende Feststellungsklage und Subsidiaritätsklausel	421	128
3.	Ausnahmen von der Subsidiaritätsklausel (§ 43 Abs. 2 S. 2)	422	129
4.	Keine Subsidiarität bei einer Klage auf Feststellung des Nichtbestehens eines durch einen Verwaltungsakt begründeten staatlichen Anspruchs	426	130
III.	Die Zulässigkeit sonstiger Feststellungsklagen	431	131
IV.	Die Prüfung der Zulässigkeit der Feststellungsklage	433	132
 § 11 Die Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte		437	134
I.	Allgemeines	437	134
II.	Die erstinstanzliche sachliche Zuständigkeit	439	134
III.	Die örtliche Zuständigkeit	442	135
IV.	Verweisung	444	135
 § 12 Die Beteiligungsfähigkeit		446	136
I.	Beteiligte und Beteiligungsfähigkeit	448	136
1.	Beteiligte	449	136
2.	Die Beteiligungsfähigkeit	455	137
a)	Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 1	456	137
b)	Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 2	461	138
c)	Die Beteiligungsfähigkeit nach § 61 Nr 3	463	140
II.	Die Beiladung	464	140
1.	Funktionen und Anwendungsbereich der Beiladung	464	140
2.	Die einfache Beiladung	466	141
3.	Die notwendige Beiladung	470	141
4.	Die Konsequenzen der Beiladung und ihrer Unterlassung	473	142
 § 13 Prozeßfähigkeit, Prozeßvertretung, Postulationsfähigkeit		477	143
I.	Die Prozeßfähigkeit	477	143
II.	Prozeßvertretung und Postulationsfähigkeit	483	144
 § 14 Die Klagebefugnis		485	145
I.	Allgemeines	489	146

II. Die analoge Anwendung des § 42 Abs. 2 auf die allgemeine Leistungsklage sowie Gestaltungs- und Feststellungsklagen	491	146
III. Die Voraussetzungen der Klagebefugnis	493	147
1. Die Geltendmachung der Rechtsverletzung	493	147
2. Die Selbstbetroffenheit des Klägers	495	148
a) Der Begriff des subjektiven Rechts	495	148
b) Die Begründung subjektiver Rechte	498	150
aa) Die Subjektivierung von Rechtsvorschriften	498	150
bb) Gegenwärtiges und unmittelbares Betroffensein als Voraussetzung einer möglichen Rechtsverletzung	502a	154
cc) Die Präklusion subjektiver Rechte	502 f	156
dd) Die Begründung von Unterlassungsansprüchen	503	158
ee) Die Begründung von Beseitigungsansprüchen	506	159
c) Die sog. Adressatentheorie	510	160
d) Die Klagebefugnis bei Nachbarklagen	513	161
e) Die Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen	521	165
f) Die Problematik der Verbandsklage	525	167
g) Der sog. Insichprozeß	528	168
3. Klagebefugnis und das Recht der EG	531a	169
4. Klagebefugnis trotz fehlender Selbstbetroffenheit	532	172
§ 15 Die Prozeßführungsbefugnis	538	173
I. Allgemeines	539	173
II. Die Regelung des § 78	543	174
1. Passive Prozeßführungsbefugnis oder Passivlegitimation	543	174
2. Die Regelung des § 78 Abs. 1	547	175
3. Die Regelung der §§ 78 Abs. 2, 79 Abs. 2 S. 3	551	176
III. Die passive Prozeßführungsbefugnis bei sonstigen Klagearten	554	177
§ 16 Das Rechtsschutzbedürfnis	557	178
I. Allgemeines	560	178
II. Die Abgrenzung des Rechtsschutzbedürfnisses von anderen prozeßrechtlichen Instituten	563	180
1. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 43 Abs. 2 S. 1	565	180
2. Die Verfahrenskonkurrenzregelung des § 44a	566	180
3. Die Beschränkung des vorbeugenden Rechtsschutzes gegen Verwaltungsakte	569	181
4. Die isolierte Anfechtungsklage	570	182

Inhaltsverzeichnis

III. Das Rechtsschutzbedürfnis in den Fällen		
der §§ 43, 113 Abs. 1 S. 4	571	182
1. Das berechtigte Interesse	571	182
2. Das berechtigte Interesse gem. § 43	572	182
a) Allgemeines	572	182
b) Zweifelsfälle	573	183
aa) Feststellender Verwaltungsakt und Rechtsschutzbedürfnis	573	183
bb) Rechtsschutzbedürfnis wegen präjudizieller Bedeutung der Feststellung für ein zivilgerichtliches Verfahren . . .	578	184
3. Das berechtigte Interesse gem. § 113 Abs. 1 S. 4	579	185
a) Wiederholungsgefahr	580	185
b) Rehabilitationsinteresse bei Diskriminierung	582	186
c) Sich typischerweise kurzfristig erledigende Verwaltungsakte	583	186
d) Vorbereitung eines zivilgerichtlichen Amtshaftungs- oder Entschädigungsprozesses	585	186
e) Grundrechtseingriff	586	187
IV. Das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis bei Gestaltungs- und Leistungsklagen	587	187
1. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Erledigung des Verwaltungsakts	588	188
2. Kein Rechtsschutzbedürfnis bei Klageverwirkung, Klageverzicht und Rechtsmißbrauch	590	188
3. Sonstige Fälle fehlenden schutzwürdigen Interesses am Rechtsschutzziel	591	189
4. Fehlen eines Rechtsschutzbedürfnisses im Hinblick auf einfachere bzw effektivere Möglichkeiten zur Realisierung des Rechtsschutzes	591a	189
a) Rechtsschutz in einem anderen Rechtsweg	591a	189
b) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis bei Möglichkeit zur außergerichtlichen Durchsetzung eines Rechts . . .	592	190
c) Fehlendes Rechtsschutzbedürfnis wegen Möglichkeit eines Rechtsschutzes im Verwaltungsverfahren	593	191
§ 17 Fehlende Rechtshängigkeit und fehlende Rechtskraft	598	192
I. Der Streitgegenstands begriff	601	193
1. Einführung	601	193
2. Der verwaltungsprozessuale Streitgegenstand	603	193
a) Allgemeines	603	193
b) Der Streitgegenstand der Anfechtungsklage	608	195
c) Der Streitgegenstand anderer Verfahrensarten	611	196

II.	Das Fehlen einer anderweitigen Rechtshängigkeit	612	197
1.	Die prozeßrechtliche und materiellrechtliche Bedeutung der Rechtshängigkeit	612	197
2.	Die Begründung und Beendigung der Rechtshängigkeit . .	614	198
III.	Das Fehlen einer rechtskräftigen Entscheidung	615	198
1.	Rechtskraft und Bestandskraft	615	198
2.	Die formelle Rechtskraft	616	199
3.	Die materielle Rechtskraft	617	199
a)	Die der materiellen Rechtskraft fähigen Entscheidungen	618	199
b)	Bedeutung der Rechtskraft	619	200
c)	Materielle Rechtskraft und Entscheidungsgründe	623	201
d)	Materielle Rechtskraft und Veränderung der maßgeblichen Sach- und/oder Rechtslage	627	202
e)	Personelle Grenzen der materiellen Rechtskraft	631	203
IV.	Tatbestands-, Feststellungs- und Präklusionswirkung gerichtlicher Entscheidungen	632	203
§ 18	Die Durchführung des Vorverfahrens	639	205
I.	Allgemeines	642	206
1.	Der Doppelcharakter des Vorverfahrens	642	206
2.	Die Prüfung eines Widerspruchs	648	207
	Anhang: Die Prüfung der Zulässigkeit des Widerspruchs .	649	209
II.	Die formgerechte Einlegung des Widerspruchs	652	210
III.	Die Statthaftigkeit des Widerspruchsverfahrens	655	210
1.	Das grundsätzliche Erfordernis der Durchführung eines Vorverfahrens	655	210
2.	Ausnahmen	656	211
3.	Sonderfälle des entbehrlichen, aber nicht unzulässigen Widerspruchs	661	211
4.	Widerspruchsverfahren und Fortsetzungsfeststellungsklage	665	212
IV.	Die Einlegung des Widerspruchs bei der zuständigen Behörde und der Abhilfebescheid	667	213
1.	Die Einlegung bei der Ausgangsbehörde	667	213
2.	Die Einlegung bei der Widerspruchsbehörde	669	214
V.	Die Widerspruchsfrist	672	215
1.	Das Fristerfordernis der §§ 70, 58	672	215
2.	Die Konsequenzen der Versäumung der Widerspruchsfrist	679	218
VI.	Das Widerspruchsinteresse	682b	220

Inhaltsverzeichnis

VII. Die Begründetheit des Widerspruchs	683	220
1. Die Prüfung der Rechtmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsakts	683	220
2. Die Entscheidung der Widerspruchsbehörde	686	222
VIII. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer reformatio in peius	687	223
1. Keine Regelung der reformatio in peius in der VwGO . . .	691	224
2. Die Zulässigkeit einer reformatio in peius nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen	692	224
a) Die Zuständigkeit der Widerspruchsbehörde	693	225
b) Die materiellrechtliche Befugnis zur reformatio in peius	694	225
IX. Aufhebungsbefugnis der Widerspruchsbehörde bei unzulässigem oder unbegründetem Drittiderspruch . . .	696	226
§ 19 Die Klagefrist	700	228
I. Der Anwendungsbereich des § 74	703	228
II. Die zeitliche Begrenzung der Klageerhebung durch § 74 . .	705	229
III. Die Regelung des § 75	714a	231
1. Die Zulassung einer Klage ohne Widerspruchsbescheid bzw Entscheidung über den beantragten Verwaltungsakt	714a	231
2. Die Konsequenzen einer verfrühten Klageerhebung	717	232
3. Die zeitlichen Begrenzungen der Klage in den Fällen des § 75	720	232
Anhang: Die wichtigsten Klagen und ihre Zulässigkeitsvoraussetzungen	724a	234
§ 20 Die Entscheidung über die Begründetheit der Anfechtungsklage	725	236
I. Prüfungsschema: Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 1 S. 1	730	236
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	734	238
1. Die gerichtliche Überprüfung von Ermessensentscheidungen	735	238
a) Ermessensüberschreitung	738	239
b) Ermessensnichtgebrauch	742	240
c) Ermessensfehlgebrauch	744	241
2. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Beurteilungsspielraum .	748	241
a) Die Bedeutung der Problematik	748	241
b) Keine generelle Anerkennung eines Beurteilungsspielraums	751	242

c) Keine prinzipiellen Bedenken gegen die gesetzliche Begründung von Beurteilungsspielräumen	752	243
d) Unbestimmte Rechtsbegriffe mit Beurteilungsspielraum	755	243
aa) Die ausdrückliche gesetzliche Normierung eines Beurteilungsspielraums	756	244
bb) Beurteilungsspielraum wegen der organisations- und/oder verfahrensrechtlichen Stellung einer Verwaltungsbehörde	758	244
cc) Beurteilungsspielraum bei politisch bedeutsamen Verwaltungentscheidungen	760	245
dd) Beurteilungsspielraum und Technikrecht	762	245
ee) Beurteilungsspielraum bei Prüfungsentscheidungen und dienstlichen Beurteilungen	763	246
ff) Zweifelsfälle	769	247
gg) Die Faktorenlehre	770	248
e) Die gerichtliche Kontrolle bei Beurteilungsspielräumen	772	248
aa) Beurteilungsüberschreitung	773	249
bb) Beurteilungsfehlgebrauch	774	249
3. Die Befugnis zur Beschränkung der gerichtlichen Überprüfung gem. § 113 Abs. 3, 2 S. 2	778	250
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung von Verwaltungsakten	782	251
1. Meinungsüberblick	782	251
2. Der prozeßrechtlich maßgebliche Zeitpunkt	783	251
3. Die materiellrechtliche Problematik	795	256
IV. Das verwaltungsgerichtliche Urteil in der Hauptsache	805	260
1. Die (vollständige oder teilweise) Aufhebung des Verwaltungsakts	805	260
a) Die Teilaufhebung bei rechtswidrigen Nebenbestimmungen	807	261
b) Ausgangsverwaltungsakt und Widerspruchsbescheid .	808a	262
2. Keine Aufhebung des Verwaltungsakts trotz subjektiver Rechtsverletzung	809	263
a) Ausschluß der gerichtlichen Aufhebung bei Fehlen eines Beseitigungsanspruchs	809	263
b) Die Feststellung der Rechtswidrigkeit des Verwaltungsakts analog § 113 Abs. 1 S. 4	810	264
V. Das Nachholen einer Begründung und das Nachschieben von Gründen	810a	264
1. Das Nachholen einer Begründung	810a	264
2. Das Nachschieben von Gründen	811	265
a) Abgrenzung der Problematik	811	265
b) Kritik an der herrschenden Meinung	813	265

Inhaltsverzeichnis

VI. Die Umdeutung von Verwaltungsakten	820	267
VII. Die Regelungen des § 113 Abs. 1 S. 2 u. Abs. 4	825	268
VIII. Nebenentscheidungen des Verwaltungsgerichts	828	269
§ 21 Die Begründetheit der Verpflichtungsklage	834	270
I. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 113 Abs. 5	837	271
1. Die Spruchreife	838	271
2. Die Verpflichtung der Behörde zum Erlaß eines Verwaltungsakts	841	272
3. Die Verpflichtung zur Bescheidung	842	272
II. Der Umfang der gerichtlichen Überprüfung	845	273
III. Der maßgebliche Zeitpunkt für die gerichtliche Beurteilung der Verpflichtungsklage	849	274
IV. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung in der Hauptsache	851	275
1. Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung über den geltend gemachten Leistungsanspruch	851	275
2. Die Feststellung der Rechtswidrigkeit der Ablehnung bzw Unterlassung analog § 113 Abs. 1 S. 4	853	276
V. Die analoge Anwendung des § 113 Abs. 1 S. 2 und des § 113 Abs. 4	855	276
§ 22 Die Begründetheit der Fortsetzungsfeststellungsklage	860	278
I. Begründheitsprüfung bei der „amputierten Anfechtungsklage“	862	278
II. Begründheitsprüfung bei der „amputierten Verpflichtungsklage“	864	279
§ 23 Die Begründetheit anderer verwaltungsgerichtlicher Klagen	867	280
I. Die Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage	867	280
II. Die Begründetheit von Gestaltungsklagen	869	281
III. Die Begründetheit der allgemeinen verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage	870	281
§ 24 Die verwaltungsgerichtliche Normenkontrolle gem. § 47	871	282
I. Die Rechtsnatur der Normenkontrolle	873	283
II. Die Zulässigkeitsvoraussetzungen der Normenkontrolle	874	283
1. Die Antragstellung	875	284
2. Die Statthaftigkeit der Normenkontrolle	876	284
a) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 1	878	285
b) Die Normenkontrolle gem. § 47 Abs. 1 Nr 2	879	285
aa) Der Anwendungsbereich des § 47 Abs. 1 Nr 2	879	285

bb) Verwaltungsvorschriften als Gegenstand einer Normenkontrolle	881	286
c) Ausweitung des Anwendungsbereichs der Normenkontrolle	883	287
d) Beschränkungen der Statthaftigkeit der Normenkontrolle durch die Vorbehaltsklausel des § 47 Abs. 3	885	287
3. Beteiligungsfähigkeit und Beiladung	886	288
4. Die Antragsbefugnis	889	288
a) Die Antragsbefugnis natürlicher oder juristischer Personen	890	289
b) Die Antragsbefugnis von Behörden	898	292
5. Der Antragsgegner	899	292
6. Rechtsschutzbedürfnis bzw Normenkontrollinteresse	900	293
a) Das Rechtsschutzbedürfnis bei einem Normenkontrollantrag natürlicher oder juristischer Personen	901	293
b) Das objektive Kontrollinteresse bei einem Normenkontrollantrag einer Behörde	912	295
7. Fehlende Rechtshängigkeit und Rechtskraft	912a	295
8. Antragsfrist	912b	296
III. Die Begründetheit des Normenkontrollantrags	913	297
1. Allgemeines	913	297
2. Die Überprüfung am Maßstab von Bundesrecht und Gemeinschaftsrecht	916	297
3. Einschränkungen des Prüfungsmaßstabs	918	298
a) Die Reichweite der Vorbehaltsklausel	918	298
b) Der Inhalt der Vorbehaltsklausel	919	298
4. Die Entscheidung des OVG	922	300
IV. Prüfungsschema bei einem Normenkontrollantrag	924	301
§ 25 Der vorläufige Rechtsschutz	927	303
I. Allgemeines	936	304
II. Der vorläufige Rechtsschutz gem. §§ 80-80b	937	304
1. Der Eintritt der aufschiebenden Wirkung gem. § 80	939	305
2. Vollziehbarkeits- oder Wirksamkeitshemmung	949	306
3. Suspensiveffekt bei unzulässigen förmlichen Rechtsbehelfen	956	308
4. Die zeitlichen Grenzen des Suspensiveffekts	962	309
5. Das Entfallen der aufschiebenden Wirkung kraft Gesetzes	963	310
a) Anforderung von öffentlichen Abgaben und Kosten	964	310

Inhaltsverzeichnis

b) Unaufschiebbare Anordnungen und Maßnahmen von Polizeivollzugsbeamten	967	311
c) Andere Fälle	970	311
6. Die behördliche Anordnung der sofortigen Vollziehung des Verwaltungsakts	972	312
a) Rechtsnatur und Bedeutung	972	312
b) Die Rechtmäßigkeit der Vollziehungsanordnung	975	312
aa) Das Vorliegen eines gem. den §§ 40, 42 anfechtbaren Verwaltungsakts	976	313
bb) Die Zuständigkeit für die Anordnung der sofortigen Vollziehung	977	313
cc) Grundsatz des rechtlichen Gehörs	978	313
dd) Die ordnungsmäßige Anordnung der sofortigen Vollziehung	979	314
ee) Das Begründungserfordernis	980	314
ff) Das Fehlen einer der Vollziehungsanordnung entgegenstehenden gerichtlichen Entscheidung gem. § 80 Abs. 5 S. 1	984	315
gg) Öffentliches Interesse und/oder überwiegendes Interesse eines Beteiligten an der sofortigen Vollziehung	985	316
hh) Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Vollziehungsanordnung	986	316
7. Die behördliche Aussetzung der Vollziehung	987	316
a) Die formelle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	988	317
b) Die materielle Rechtmäßigkeit der behördlichen Aussetzung	989	317
8. Die gerichtliche Entscheidung über den Antrag auf Anordnung oder Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	990	318
a) Die Zulässigkeit des Antrags	991	319
aa) Das Erfordernis der Antragstellung, der deutschen Gerichtsbarkeit und des Verwaltungsrechtswegs	991	319
bb) Die Statthaftigkeit des Antrags	992	319
cc) Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	995	320
b) Die Begründetheit des Aussetzungsantrags	1000	322
aa) Unterschiede zwischen Anordnung und Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung	1000	322
bb) Die gerichtliche Interessenabwägung	1002	323
cc) Sonderproblem: Verfassungswidrigkeit des zugrundeliegenden formellen nachkonstitutionellen Gesetzes	1005	325

dd) Sonderproblem: Verstoß von gemeinschaftsrechtlichem Verordnungsrecht gegen primäres Gemeinschaftsrecht	1005a	326
c) Die gerichtliche Anordnung der Aufhebung der Vollziehung	1006	326
aa) § 80 Abs. 5 S. 3 als Mittel zur vorläufigen Sicherung eines Vollzugsfolgenbeseitigungs- anspruchs	1006	326
bb) Besonderheiten bei Verwaltungsakten mit Drittirkung	1012	327
d) Schadensersatzansprüche bei Rechtmäßigkeit des ausgesetzten Verwaltungsakts	1014a	328
9. Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung des Verwaltungsakts	1015	328
10. Der vorläufige gerichtliche Rechtsschutz des Begünstigten eines Verwaltungsakts mit Drittirkung	1019	330
a) Allgemeines	1019	330
b) Die Zulässigkeit des Antrags	1020	330
c) Die Begründetheit des Antrags	1022	331
d) Die Sicherung der Anordnung der sofortigen Vollziehung bei faktischer Aussetzung eines Verwaltungsakts mit Drittirkung	1023	331
11. Der Erlaß gerichtlicher Entscheidungen gem. §§ 80, 80a	1024	331
Anhang: Die gerichtliche Anordnung bzw Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung sowie der vorläufige Rechtsschutz bei faktischer Vollziehung	1024a	332
III. Der vorläufige Rechtsschutz durch die einstweilige Anordnung gem. § 123	1025	334
1. Anwendungsbereich und Formen der einstweiligen Anordnung des § 123	1025	334
2. Die Zulässigkeit des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung	1029	335
3. Die Begründetheit des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung	1032	336
a) Anordnungsanspruch und Anordnungsgrund	1032	336
b) Der Inhalt der einstweiligen Anordnung	1034	337
Anhang: Die einstweilige Anordnung gem. § 123	1041a	339
4. Die Entscheidung über den Antrag auf Erlaß der einstweiligen Anordnung	1040	340
5. Schadensersatzansprüche bei ungerechtfertigtem Erlaß einer einstweiligen Anordnung	1041	340

Inhaltsverzeichnis

IV. Der vorläufige Rechtsschutz über die einstweilige Anordnung des § 47 Abs. 6	1042	340
1. Allgemeines	1042	340
2. Die Zulässigkeit eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1044	341
3. Die Begründetheit eines Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1045	341
4. Der Inhalt der einstweiligen Anordnung gem. § 47 Abs. 6	1046	342
5. Der Erlaß der einstweiligen Anordnung	1050	343
 § 26 Exkurs: Rechtsschutz bei normativem Unrecht außerhalb des § 47	 1059	 345
I. Die Grenzen des durch § 47 gewährten Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1062	345
II. Die verfassungsrechtliche Garantie eines Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1063	345
III. Die Verwirklichung des Rechtsschutzes bei normativem Unrecht	1064	346
1. Rechtsschutz durch die Anfechtung von Normvollzugsakten	1065	347
2. Rechtsschutz durch eine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1072	348
a) Feststellungsklagen sui generis	1073	348
b) Die allgemeine verwaltungsgerichtliche Feststellungsklage	1074	349
3. Die Schließung verbleibender Rechtsschutzlücken	1077	350
4. Rechtsschutz gegen ein rechtswidriges Unterlassen von Rechtsnormen	1081	352
5. Das Verhältnis von verwaltungsgerichtlichem Rechtsschutz gegen Normen zur Rechtssatzverfassungsbeschwerde	1084	353
a) Prinzipiale Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1084	353
b) Inzidente Normenkontrollen als Rechtsweg iSd § 90 Abs. 2 S. 1 BVerfGG	1085	354
IV. Vorbeugender Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1087	355
1. Vorbeugender Rechtsschutz gegen formelle Gesetze	1087	355
2. Vorbeugender Rechtsschutz gegenüber untergesetzlichen Rechtsnormen	1089	356
V. Der vorläufige Rechtsschutz gegen Rechtsnormen	1092	357

§ 27 Beendigung des Klageverfahrens		
ohne Sachentscheidung	1098	359
I. Allgemeines	1101	360
II. Der gerichtliche Vergleich	1102	360
III. Die Klagerücknahme gem. § 92	1106	361
IV. Die beiderseitige Erklärung der Erledigung der Hauptsache	1111	362
V. Exkurs: Die verwaltungsgerichtliche Entscheidung bei einseitiger Erledigungserklärung	1115	363
1. Die Problematik einseitiger Erledigungserklärung	1115	363
2. Die Unbeachtlichkeit des Erfolgs der ursprünglichen Klage	1117	364
3. Der Inhalt der Entscheidung	1118a	365
§ 28 Grundbegriffe des Rechtsmittelrechts	1122	367
I. Der Begriff des Rechtsmittels	1122	367
II. Allgemeine Grundsätze des Rechtsmittelverfahrens	1125	367
1. Die Einlegung des Rechtsmittels	1125	367
2. Die Rechtsmittelberechtigten	1126	368
3. Die Beschwer	1127	368
4. Das Verbot der reformatio in peius	1130	369
5. Das Anschlußrechtsmittel	1132	369
6. Die formell inkorrekte Entscheidung	1134	370
7. Die Begründetheit des Rechtsmittels	1141	371
8. Schema für die Prüfung der Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels	1143	371
III. Die Berufung	1145	372
IV. Die Revision	1147	373
V. Die Beschwerde	1150	374
<i>Sachverzeichnis</i>		375